

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,60 M. Im voraus zahlbar, Postbezug 1,32 M. einschließlich 50 Pf. Postgebühren und 12 Pf. Postfortschreibung. Auslandsendernamen 2.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Sonntags einzeln, die Hefenausgaben für Berlin und im Handel mit dem „Tages-Blatt“, „Illustrierte Zeitschriften“, „Hoff und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Gemeine Unterhaltung und Wissen“, „Braunstimme“, „Lehmit“, „Blitz“ in die „Bürgerzeitung“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Komposition des 80 Pfennig, Reklamette 4.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte druckte Wort 25 Pfennig (täglich zwei (zwei druckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 50 Pfennig, Familienanzeigen Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3 wöchentlich von 5½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 63. Diskonto-Gesellschaft, Depositionskasse Lindenstr. 2

Unterzeichnung in Paris.

Müllers Dank an Schacht. — Die politischen Folgerungen.

Paris, 7. Juni. (Eigenbericht.)

Der Bericht der Sachverständigenkonferenz, dessen Herstellung fast volle vier Monate in Anspruch genommen hatte, ist am Freitagabend in einer feierlichen Vollziehung von den Delegierten der einzelnen Länder unterzeichnet worden.

Der Unterzeichnung stellten sich im letzten Augenblick noch unvorhergesehene Hindernisse entgegen. Als alle Delegierten und zahlreiche Pressevertreter in dem historischen gewordenen Konferenzsaal des Hotels George V. um 5 Uhr zu dem feierlichen Akt versammelt waren, stellte sich heraus, daß der Bericht, an dessen Fertigstellung die ganze Nacht und den Morgen hindurch gearbeitet worden war, noch nicht zur Stelle war. Gleich darauf geriet infolge Kurzschluß bei einer der mächtigen Jupiterslampen der Kinoplatz ein Vorhang in Brand. Die Sachverständigen verließen infolgedessen den Saal.

Als das Feuer gelöscht und die Delegierten zusammengesetzt waren, konnte endlich der feierliche Unterzeichnungsakt beginnen. Der amerikanische Vorsitzende Owen D. Young leitete ihn mit einer kurzen Ansprache ein, in der er den nun vorliegenden Bericht als ein Kompromiß zwischen den Forderungen der Gläubiger und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Schuldnerlandes charakterisierte. Nach ihm sprach der französische Delegierte Moreau, der Owen D. Young den Dank der Konferenz für seine kluge und lastlose Vermitteltätigkeit ausdrückte. Hierauf folgte die Unterzeichnung. Im französischen Text fungiert an erster Stelle Deutschland, im englischen Belgien.

Die Sitzung fand alsdann mit einer nochmaligen kurzen Ansprache Owen D. Youngs ihren Abschluß, der den einzelnen Delegationen den Dank für ihre mühevollen Tätigkeit ausdrückte.

Wie der Dawes-Plan, so gilt auch der Young-Plan als ein Ganzes, er kann nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Damit scheint seine Annahme ohne lange Verhandlungen zwischen den Regierungen gesichert, denn es läßt sich kaum vorstellen, daß eine von ihnen die Verantwortung für die Vernichtung des Pariser Revisionswerks auf sich nehmen möchte.

Am wenigsten kann man sich das von der deutschen Regierung vorstellen. Denn ihre Weigerung, den Young-Plan zu unterzeichnen, würde zunächst nichts anderes bedeuten als die Erklärung ihrer Bereitschaft, weiter den Dawes-Plan auszuführen. Da der Young-Plan gegenüber dem Dawes-Plan unzweifelhafte Erleichterungen bringt, müßte eine deutsche Regierung, die eine solche Bereitschaft erklärte, von Sinnen sein. Die Deutschnationalen freilich meinen, die deutsche Regierung sollte weder nach dem Dawes-Plan noch nach dem Young-Plan — sie sollte überhaupt nicht zahlen. Dieses Nichtzahlen würde dann den völligen Zusammenbruch des deutschen Kredits, jene wirtschaftliche Katastrophe herbeiführen, die Herr Thyssen braucht. Danach müßte man freilich wieder verhandeln, und ob man dann nicht bei verringertester Leistungsfähigkeit die unvermeidlichen Lasten noch schwerer tragen würde, steht dahin.

Das Ergebnis von Paris gibt keinen Anlaß zu Jubelgerängen, aber es bedeutet einen Schritt vorwärts. Politisch gesehen zeigt es, daß gegen Deutschland in der Welt kein Vernichtungswille mehr besteht und daß man bereit ist, die Vernunft zu Wort kommen zu lassen. Ein offenkundiger Beweis, daß Deutschland den Dawes-Plan nicht ausführen kann, war noch nicht erbracht, und man hat es wohlweislich bis zu diesem Beweis nicht erst kommen lassen. Deutschlands Zusammenbruch wäre für die anderen ein schlechtes Geschäft. Ist aber diese Einsicht erst vorhanden, so wirkt sie auch weiter und muß auch in Zukunft Anwendung finden. Die internationale Schulden- und Reparationsfrage ist endgültig aus dem akuten Stadium des Kampfes in das Stadium der Verständigung hinübergetreten. Das ist es, was bei aller Schwere der noch zu tragenden Lasten entscheidend bleibt.

Der Young-Plan unterscheidet sich vom Dawes-Plan nicht nur dadurch, daß er die Endsumme fixiert und die Jahreszahlungen herabsetzt, sondern er erseht auch den bestehenden komplizierten Mechanismus durch einen anderen, nicht weniger komplizierten. Die Souveränität Deutschlands wird im wesentlichen wieder hergestellt, eine internationale Reparationsbank wird geschaffen, die keine politischen sondern nur wirtschaftliche Funktionen hat, und in deren Leitung Deutschland mitvertreten sein wird. Auch der Fall einer Zahlungsunfähigkeit Deutschlands soll rein sachlich, rein wirtschaftlich behandelt werden — wobei Deutschland wiederum ein eminent wirtschaftliches Interesse hat, nicht jahrhundertlang in Vergang zu geraten. Wie dieser

ganze komplizierte Apparat arbeiten wird, läßt sich nicht voraussagen, und darum kann auch kein Mensch sagen, daß er immer so bleiben muß, wie er ist.

Mit der schieblich-friedlichen Regelung der Reparationsfrage schwindet der letzte Grund zur Aufrechterhaltung der Besatzung. Man darf also voraussehen, daß die Räumung der zweiten Zone, für die die Frist ohnehin schon in einem halben Jahre abläuft, und der dritten Zone, die sonst noch fünfzehn Jahre dauern würde, nun zur Tatsache werden wird. Mit der Räumung wird aber auch das gegenwärtige Regime an der Saar unhaltbar; die Ablösung dieses Provisoriums durch ein friedensmäßiges Definitivum kann nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Erst nach Erledigung dieser Kriegsreste wird die Bahn wirklich frei für eine Politik der Friedenssicherung durch ein dauerndes Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs. Für die Freunde dieser Politik in Frankreich wird jetzt bald die entscheidende Stunde schlagen. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich vom Tage des Kriegsendes an zu dem Gedanken bekant, daß die Welt vor einer Wiederholung einer solchen Katastrophe nur durch die Schaffung eines Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland geschützt werden kann, das für alle Zeit einen Konflikt zwischen den beiden Völkern ausschließt. Es hat Zeiten gegeben, in denen es schwer war, eine solche Politik zu vertreten, weil es den Anschein hatte, als ob der große Gedanke, der ihr zugrunde liegt, auf der anderen Seite kein Verständnis fände. Ihm über alle Krisen der letzten zehn Jahre hinwegzuhelfen war nur möglich, indem man mit unerbittlicher Zähigkeit an ihm festhielt. Der Tag, an dem Rhein und Saar wieder frei werden, wird ihn der Bewirkung um ein gewaltiges Stück näherbringen. Darin liegt die Bedeutung dieses Tages nicht nur für Deutschland und Frankreich, sondern für die ganze Welt.

Der Bericht des Sachverständigenausschusses über die Reparationsfrage zerfällt in zwölf Abschnitte: Der erste handelt von Ernennung, Auftrag und Zusammenfassung des Ausschusses, der zweite von den Sitzungen des Ausschusses, der dritte schildert die

Einstellung des Ausschusses.

Es wird ausgeführt, daß die Sachverständigen in gleicher Weise wie die Mitglieder des Dawes-Komitees als Geschäftsleute an ihre Aufgabe herangegangen und das unvollständige Werk der früheren Konferenzen durch eine Umwandlung der Reparationsschuld aus einer politischen in eine kommerzielle Verpflichtung zu fördern versucht hätten. Dabei sei man zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht möglich sei, eine Lösung auf rein wirtschaftlicher Grundlage zu finden, weil sich die Sachverständigen gewissen finanziellen und politischen Notwendigkeiten gegenüber gesehen hätten, deren Berücksichtigung nicht vermieden werden konnte. Die Entscheidung hätte daher nicht nur auf wirtschaftlichen Erwägungen aufgebaut werden können, man habe vielmehr bis zu einem gewissen Grade auch politische Zweckmäßigkeitsgründe berücksichtigen müssen. Wenn man sich auch über die grundlegenden Schlussfolgerungen und Vorschläge des Berichts einig geworden sei, so bedeute dies noch nicht, daß der Wortlaut des Berichts in jedem einzelnen Punkte die genaue Schattierung der von den einzelnen Mitgliedern oder Ländergruppen vertretenen Meinungen wiedergebe. Man habe gemeinsam versucht, eine Einrichtung zu schaffen, die im Wege freimütiger Zusammenarbeit auf internationaler Grundlage dazu dienen solle, die Reste der aus der Kriegszeit herrührenden Vorurteile und Reibungsflächen zu beseitigen.

Prüfung der deutschen Wirtschaftslage.

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich eingehend mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den Zukunftsmöglichkeiten Deutschlands. Insbesondere wurde ausgeführt, daß die „Betrachtungen, die

Die Regierung Macdonald.

Sidney Webb, Kolonien. — Frau Bondfield, Arbeitsminister. — Tom Shaw, Kriegsminister.

London, 7. Juni. (Eigenbericht.)

Die am Freitag veröffentlichte offizielle Liste des Kabinetts Macdonald enthält eine Reihe von Ernennungen, die der Öffentlichkeit vollkommen überraschend kommen dürften.

Die Befehung des Schatzamtes durch Philipp Snowden stand bereits fest, ebenso die Ernennung von Thomas zum Groß-Siegelbewahrer, ein Ministerposten ohne Portefeuille, der jedoch infolge seiner Verknüpfung mit der besonderen Aufgabe eines Ministers für Arbeitsbeschaffung, den wichtigsten Kabinettsposten im zweiten Kabinett Macdonald darstellt. Die Ernennung Henderson zum Außenminister wird ebenfalls bestätigt.

Die erste große Ueberraschung auf der Kabinettsliste stellt die Ernennung des großen Theoretikers der Arbeiterpartei, Sidney Webb, zum Minister für die Dominien und Kolonien dar. Da Webb unter Hinweis auf sein fortgeschrittenes Alter während der vergangenen Wahlen auf eine Kandidatur für das Unterhaus verzichtet hatte, ist sein Einschluß ins Kabinett nur durch seine Ernennung zum Lord und auf dem Umweg über seine Zugehörigkeit zum Oberhaus möglich. Lordpräsident und Führer des Hauses der Lords, damit der Vertreter der Regierung Macdonald im Oberhaus, wird Lord Parmore. Als Vordanzler ist der oberste Richter des Appellationsgerichtes, Vanoburn, bestimmt. Innenminister wird der Führer der Fabrikarbeiter, C. Jones.

Eine Ueberraschung stellt ferner die Ernennung des verhältnismäßig jungen ehemaligen liberalen Ministers Woodrowden zum Minister für Indien dar, der Posten, der wegen der Schwierigkeiten in Indien besondere Bedeutung besitzt. Er war in der ersten Regierung Macdonalds in den Händen von Lord Dillier. Die Nichtbeziehung Lord Dilliers in das Kabinett hat in London eine große Sensation erregt. Luftminister wird wiederum Lord Thomson. Kriegsminister der internationale Sekretär der Textilarbeiter und ehemaliger Sekretär der sozialistischen Arbeiterinternationalen Tom Shaw, der dem vorigen Kabinett Macdonald als Arbeitsminister angehört hatte. Das Arbeitsministerium übernimmt Frau Bondfield, die im letzten Ministerium als Staatssekretär im Arbeitsministerium tätig war. Ihre Ernennung zum Arbeitsminister mit Kabinettsrang stellt eine Neuerung von historischem Ausmaß dar, da Frau Bondfield damit zum ersten

weiblichen Kabinettsminister in der Geschichte Großbritanniens ernannt wird. Minister für Volksgesundheit ist Arthur Greenwood, der Chef des Forschungsinstituts der Arbeiterpartei, der sich während der Debatte um die Reform der britischen Lokalverwaltung einen weit über seine Partei hinausgehenden Namen geschaffen hat. Verkehrsminister wird wiederum Dugton, Unterrichtsminister wie im Jahre 1924 Sir Charles Trevelyan. Das Handelsministerium übernimmt William Graham Erster Lord der Admiralität wird der führende britische Genossenschaftler H. B. Alexander.

Eine weitere interessante Ernennung ist die Berufung des jungen Sir Oswald Mosley zum Kanzler für das Herzogtum Lancaster. Dieser Ministerposten ohne Portefeuille war in den letzten Jahren mit der Völkerverbündungstätigkeit verknüpft. Mosleys besondere Aufgabe wird es jedoch sein, dem Minister für Arbeitsbeschaffung Thomas, in Gemeinschaft mit Lansbury bei der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit beizustehen. Die wichtigste Aufgabe im Kabinett Macdonald übertragen. Eine weitere interessante Ernennung, die von der gesamten Arbeiterpartei freudig begrüßt werden wird, ist die Berufung Morrisons, des Präsidenten der Arbeiterpartei zum Transportminister. Seinem Portefeuille wird eine wichtige Aufgabe bei der Reorganisation des britischen Verkehrsnetzes zufallen. Die beiden juristischen Ministerposten gehen an den zur Arbeiterpartei übergetretenen Rechtsanwalt Jowitz und an den Rechtsanwalt Melville über. Minister für Pensionen wird Roberts.

Rechtsanwalt Jowitz, der als Liberaler gewählt wurde, zur Arbeiterpartei übertrat und dem Kabinett als oberster Staatsanwalt angehört wird, hat an Ramsay Macdonald einen Brief gerichtet, in dem er seinen Uebertritt zur Arbeiterpartei vollzieht und verspricht, ein loyales Mitglied der Partei zu sein. Der Brief enthält folgenden bezeichnenden Satz:

„Die Liberalen Radikalen müssen nunmehr die Frage an sich richten, ob es nicht ihre Pflicht wäre, der Arbeiterpartei ihre aktive Unterstützung zu gewähren. Die Labour Party ist heute das einzige wirksame Instrument zur Durchführung jener Reformen, die das Land erhofft.“

Die Sprengkattentate.

Warnung des Oberpräsidenten.

Heiligenhafen (Holstein), 7. Juni.

Auf dem Städtetag kam Oberpräsident Körbis auf die blutigen Ereignisse und die verschiedenen Sprengstoffanschläge zu sprechen und führte aus: Ein Teil der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, irreführt durch Elemente, die nicht in Schleswig-Holstein wurzeln, und durch politische Wickeltröpfe, gefährdet seit geraumer Zeit die ruhige Entwicklung in schwerster und unverantwortlichster Weise. Meine Hoffnung, daß der gesunde Sinn unserer Bevölkerung diese unsinnigen schädlichen Verbindungen und Bewegungen auscheiden würde, hat sich leider bis heute noch nicht erfüllt. Mit Empörung haben wir

in der letzten Zeit wieder Gewalttaten erlebt, die sicherlich auf das das heherische Treiben jener Elemente zurückzuführen sind.

Noch einmal möchte in meine warnende Stimme erheben, weil ich die Hoffnung nicht aufgeben kann, daß der besonnene Teil der Bevölkerung doch noch zur Einsicht gelangt und sich dem unheilvollen, vernichtenden Einfluß entziehen wird. Durch politische Willkür kann niemals eine Besserung herbeigeführt werden. Nur wenn Meinungsverschiedenheiten in anständiger Art ausgetragen werden, wird es der Staatsregierung möglich sein, sich wie bisher für die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Städte einzusetzen.

Hilferteute pöbeln in München.

Dringlich ist ihnen Ritualmordhehe.

München, 7. Juni.

Als Vizepräsident Kuer (Soz.) bei der Beratung des Kultusrats eine von den Halenkreuzern verlangte Aussprache über „Ritualmord“ nicht zuließ, weil hierüber erst beim zweiten Abschnitt des Etats gesprochen werden könne, erhoben die „Nationalsozialisten“ stürmischen Widerspruch. Vizepräsident Kuer ließ abstimmen. Gegen die Nationalsozialisten wurden die Vorschläge des Vizepräsidenten genehmigt. Der Halenkreuzer Dr. Hellmuth sagte, die Kreuzerung des Kultusministers, daß die Juden deutsche Volksgenossen seien und daß ein moderner Mensch an Ritualmord nicht glauben könne, zwinge den Redner zur Ablehnung des Ministergebots. Der Vizepräsident unterbrach den Redner mit der Bemerkung, daß hierüber eine Debatte nicht zugelassen sei, worauf großer Lärm der Hilferleute und große Unruhe auf der Linken entstand. Als Abg. Dr. Scharnag (Bayer. Ep.) den Hilferleuten vorwarf, daß sie fortwährend die Würde des Parlaments aufs größte verlegen, folgten heftige Zwischenrufe und der Vizepräsident konnte sich minutenlang trotz andauerndem Schwingen der Glocke kein Gehör verschaffen. Erst allmählich legte sich der Lärm.

Der Geschäftsordnungsausschuß beantragte, den kommunistischen Abg. Dreffel der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung freizugeben. Dreffel hatte im März sich an die Spitze eines Demonstrationzuges von Erwerbslosen gestellt und soll zum Widerstand gegen die Polizei aufgefordert haben. Bei der Demonstration hatte es mehrere Verletzte gegeben.

Die Reichseinnahmen 1928.

Endgültige Ziffern.

Amlich wird mitgeteilt:

Im Rechnungsjahre 1928, dessen endgültiges Ergebnis nunmehr vorliegt, betragen die Einnahmen des Reiches an Besitz- und Verkehrssteuern 6146,8 Millionen Mark, an Zöllen und Verbrauchsabgaben 2877,6 Millionen Mark, mithin insgesamt 9024,4 Millionen Mark. Das Haushaltsjahr von 8862,0 Millionen Mark ist also um 162,4 Millionen Mark überschritten worden, und zwar bei den Besitz- und Verkehrssteuern um 86,8 Millionen Mark und bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben um 75,6 Millionen Mark. Bemerkenswerte Mehreinnahmen sind bei der Einkommensteuer (+ 209,8), der Körperschaftsteuer (+ 58,3), der Kraftfahrzeugsteuer (+ 21,4), der Tabaksteuer (+ 90,5), der Zucksteuer (+ 18,2), der Biersteuer (+ 26,9) und dem Spiritusmonopol (+ 27,0) zu verzeichnen. Dagegen zeigen beträchtliche Mindereinnahmen die Vermögenssteuer (- 69,2), die Erbschaftsteuer (- 26,5), die Umsatzsteuer (- 49,9), die Kapitalverkehrssteuern (- 64,0) und die Zölle (- 95,4).

An dem Mehraufkommen sind hauptsächlich die Ueberweisungsteuern beteiligt. Die Länder haben insoweit, wie bereits gelegentlich der Berücksichtigung der Einnahmeübersicht für den Monat März 1929, die zugleich das vorläufige Jahresergebnis enthält, im einzelnen dargelegt worden ist, im Rechnungsjahre 1928 insgesamt 198,3 Millionen Mark mehr an Anteilen aus den Ueberweisungsteuern erhalten, als sie nach dem Haushaltsanschlag 1928 erwarten konnten. Dienen Mehreinnahmen von 198,3 Millionen Mark steht nur die oben erwähnte Gesamtzunahme des Reiches in Höhe von 162,4 Millionen Mark gegenüber; den Unterschiedbetrag muß das Reich aus den ihm zustehenden Steuereinnahmen decken. Das Reich schließt also im Etat 1928 auf der Einnahmeseite bei den Reichsteuern mit einem Fehlbetrag von 35,9 Millionen Mark ab.

Erste Beratung im Haushaltsausschuß.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt beriet am Freitag die Haushalte der Allgemeinen Finanzverwaltung und der Kriegslasten. Die Deutschnationalen hatten angekündigt, sie würden eine allgemeine Debatte herbeiführen über die Reparationsfrage. Die Debatte verlief jedoch als harmloses Geplänkel und man beschränkte sich in der Hauptsache darauf, wieder einmal, wie schon so oft, die Frage der Schuld an der schwierigen Kassen- und Finanzlage zu unteruchen. Nach Ansicht der Deutschnationalen hergt und Dr. Duag hat der gegenwärtige Reichsfinanzminister nicht das Genügende getan, um die großen Schwierigkeiten in Paris bekanntzumachen und davon hätten wir jetzt den Schaden. Es wurde dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding nicht schwer, in seiner streng sachlichen Antwort diese Behauptungen in allen Punkten zu widerlegen.

Die Aussprache leitete Abg. Keil (Soz.) ein, indem er u. a. ausführte: Der Fehlbetrag von 155 Millionen im ordentlichen Haushalt für 1928 erinnert an die großen Fehler der Finanzpolitik der vergangenen Jahre. Der Etat für 1929 wird, nach den gefassten Beschlüssen ausgeführt, zu einem etwa gleich hohen Fehlbetrag führen. Die Deutschnationalen hat Anspruch darauf, klaren Wein einzuschenken zu erhalten. Die Regierungsparteien sind es ihrer eigenen Gewissenhaftigkeit schuldig, auf die Ränge des Etats hinzuweisen; man muß jedoch entschlossen sein, sie rechtzeitig abzustellen. Sollte die Hoffnung auf Entspannung des Etats durch Verminderung der Reparationskosten

sich nicht erfüllen, bliebe kein anderer Weg, als in einigen Monaten mit Steuererhöhungen den Ausgleich herbeizuführen. Tritt

Der Traum der Schwerindustrie.

„Diese Krise brauche ich jetzt.“

(Griß Thyssen bei der Besprechung in Villa Hügel).



Wie schön, wenn die Pariser Verhandlungen mit einem solchen Chaos in Deutschland geendet hätten!

Ratskampf um die Minderheiten.

Briand bremst. — Der Engländer kann nicht verhandeln. — Dreierbericht von Deutschland nicht angenommen.

Madrid, 7. Juni.

Die allgemeine Aussprache über den Bericht des Dreierkomitees zur Minderheitenfrage ist heute vormittag 11 Uhr vom Ratskomitee begonnen worden. Als erster Redner erklärte der kanadische Delegierte Dandurand, daß er mit dem Bericht des Dreierkomitees nicht einverstanden sei. Er beantragte die Vertagung der Frage auf die Herbsttagung des Völkerbundsrates. Der deutsche Vertreter Staatssekretär von Schubert legte in längeren Ausführungen die grundsätzliche Stellungnahme Deutschlands zu dem vorgelegten Bericht dar und brachte zum Schluß seine Auffassung dahin zum Ausdruck, daß der vorliegende Bericht keine geeignete Diskussionsgrundlage darstelle. Er regte an, daß das Ratskomitee einen neuen Bericht aufstellen möge. Es komme im Bericht die Auffassung zum Ausdruck, als ob der Schutz der Minderheiten nicht eine der großen Aufgaben des Völkerbundes sei, sondern als ob es sich um eine sekundäre Aufgabe handele, die nur zufällig in dem Tätigkeitsbereich des Völkerbundes Platz gefunden habe. Die Garantiepflicht des Völkerbundes solle sich nach Ansicht der Mitglieder des Dreierkomitees darin erschöpfen, daß der Völkerbund in Aktion trete, wenn ein Ratsmitglied eine bestimmte Beschwerde eingebracht hat. Diese Auffassung wies der deutsche Vertreter als im Gegensatz stehend mit dem Wortlaut und dem Geist der Verträge selbst, des offiziellen Begleitbriefes Clemenceaus und der offiziellen Erklärung im Völkerbundsrat bei Uebernahme der Garantie mit allem Nachdruck zurück. Er erklärte, daß Deutschland an der von Dr. Stresemann auf der dritten Logung dargelegten Auffassung festhalte, daß

dem Völkerbund die Pflicht obliege, sich dauernd davon zu überzeugen, daß die vertraglichen Bestimmungen von den Staaten eingehalten werden.

Er wies auf ähnliche Verpflichtungen des Völkerbundes gegenüber der Stadt Danzig hin und unterstrich die deutsche Auffassung, daß die allgemeine Garantiepflicht notwendigerweise zur Einrichtung einer ständigen Minderheitenkommission führen müßte. Hinsichtlich der Pragerur bei Behandlung von einzelnen Beschwerden erkannte der deutsche Vertreter an, daß Anträge für eine wirksamere Gestaltung der Garantie im Bericht enthalten sind. Auch in der von Dr. Stresemann erhobenen Forderung nach Abänderung des Beschlusses, den der Völkerbundsrat kurz vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fasste, wonach die Stammverwandten Völker von der Teilnahme an der Vorprüfung von Petitionen ausgeschlossen sind, hält die deutsche Regierung nach wie vor fest.

Im Gegensatz zu der Erklärung des deutschen Vertreters wies Briand auf

die Gefahr der Schaffung eines neuen Völkerbundsorgans

in Form eines Minderheitsausschusses hin. Briand wiederholte dabei seine alte These, daß durch ein solches Organ eine Fülle von Schwierigkeiten und Reibungen entstehen würde, durch die dem Völkerbund und dem Frieden in keiner Weise gedient wäre. Durch die Minderheitenanträge sei den Minderheiten ein Minimum von Schutzgarantien zugesichert worden, wobei es aber nicht dahin kommen dürfe, daß dadurch die Souveränität der durch die Friedensverträge geschaffenen neuen Staaten beeinträchtigt werde. Der englische Ratsdelegierte Sir George Graham gab die Erklärung ab, daß er von seiner Regierung die Beifügung erhalten habe, im allgemeinen auf der Grundlage des Berichts des Dreierkomitees zu verhandeln. Sollten aber neue Fragen entstehen, so stünde seine Regierung vor einer neuen Sachlage und er müsse erst neue Instruktionen einholen.

Die Internationale besucht Polen.

Löbe, Blum, Vandervelde, Rainin delegiert.

Warschau, 7. Juni. (Eigenbericht.)

Zur Veranstaltung sozialistischer Kundgebungen in Warschau, Krakau und Lodz wird eine Delegation der zweiten Internationale in Warschau erscheinen. Neben anderen Mitgliedern werden ihr der deutsche Reichstagspräsident Löbe, der frühere belgische Minister Vandervelde, der französische Sozialistenführer Leon Blum, der lettische Reichstagspräsident Rainin und ein Engländer angehören.

Der Besuch bedeutet eine Solidaritätserklärung der Internationale mit der polnischen sozialistischen Partei und eine Demonstration der sozialistischen Spaltungsfaktion, deren Politik auf eine direkte Unterstützung des Bilubski-Bagers hinausläuft.

Der 150-Millionen-Scheck.

Was Mussolini in bar dem Papste zahlte.

Rom, 7. Juni.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden zum Lateranvertrag (samt Anlagen) ist heute vormittag von Mussolini und Kardinalstaatssekretär Gasparri vorgenommen worden. Mussolini betrat bei dieser Gelegenheit den Vatikan zum erstenmal. Mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden treten nunmehr auch die neuen Grenzlinien der Città Vaticana in Kraft; die bisher noch bestehenden Eingänge werden geschlossen.

Bei dem Austausch der Ratifikationsurkunden überreichte der italienische Finanzminister dem Kardinalstaatssekretär einen Scheck auf die Bank von Venedig über 150 Millionen Lire.

Das Giftgasabkommen, in dem die Verwendung von Giftgasen, bakteriologischen Mitteln usw. im Kriegsfall unterbunden wird, ist nunmehr auch von Finnland ratifiziert worden. Das Protokoll ist außerdem bisher ratifiziert von Oesterreich, Belgien, Ägypten, Frankreich, Deutschland, Italien, Liberia, Polen, Rußland und Venezuela.

die Reparationsentlastung ein, so muß sie selbstverständlich in erster Linie zur Deckung des Etats verwendet werden. Alle anderen Ansprüche müssen zurücktreten hinter die dringende Notwendigkeit, die Finanz- und Kassenlage des Reichs in Ordnung zu bringen.

Erst wenn wieder das Vertrauen in die deutsche Währung festgestellt worden sei und dringliche soziale Pflichten erfüllt sind, z. B. Kleintrentenrücklage, darf man von Steuererleichterungen sprechen.

Bis dahin muß die Wirtschaft sich mit der psychologischen Entlastung begnügen, die sich aus der Keuregelung der Reparationen ergibt. Solide öffentliche Finanzen sind die Voraussetzung einer geordneten Wirtschaft.

Auf Fragen wegen der Ansprüche der Länder an das Reich erwidert

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding.

daß dieser ganze Fragenkomplex, der fortgenommenes Staatseigentum, wie Eisenbahn und die Post, betrifft, nur im Wege der Gesetzgebung geregelt werden kann. Die Ansprüche Bayerns und Württembergs auf die Postabfindung sind dem Grunde nach anerkannt, der Höhe nach strittig. Dieser Betrag wird den Reichsetat nicht belasten, sondern von der Reichspost, die hierzu bereit ist, gezahlt werden müssen.

Bei der Enge des Kapitalmarktes wird man auf die Wiederanpassung eines Betriebsmittelfonds nicht verzichten können. Die sozialdemokratischen Anträge im vorigen Reichstag, die Finanzierung durch die Emissionierung nach außen hin klar zu stellen, sind abgelehnt worden. Als Minister habe ich die Finanz- und Kassenlage des Reichs stets in vollkommener Offenheit dargelegt, was allein schon aus dem Ueberblick zum Etat hervorgeht. Das Ausland ist über die Lage genau informiert gewesen. Ich wollte einen innerlich ausgeglichene Etat vorlegen, und bin dazu auch vor Steuererhöhungen nicht zurückgeschreckt. Diese Steuererhöhungen und das ungedeckte Extraordinarium in Verbindung mit dem Kassenbesitz haben für jeden Kenner die tatsächliche Lage Deutschlands genau beleuchtet.

Deutsch-Litauischer Handelsvertrag. Ueber die Fortführung der deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen ist bei einer Besprechung zwischen den Führern der beiderseitigen Delegationen in Aussicht genommen worden, daß die Delegationen Anfang Juli in Berlin zu einer kurzen Tagung zusammenkommen.

Deutschlands Zahlungsbilanz 1928

Erheblich kleinere Neuverschuldung - Deutsche Kapitalausfuhr wächst

Die seit dem Kriege erfreulich stark ausgebaute moderne Wirtschaftstatistik bietet durch die Aufstellung von Zahlungsbilanzen einen viel genaueren Einblick in die Verflechtung einer Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft...

Die Zahlungsbilanz erfasst

grundsätzlich den gesamten Jahresverkehr an Waren und Kapitalien über die Grenzen. Ein besonders wichtiger „Verkehrs“posten sind die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, d. h. alle Ausgaben, die von Ausländern im Laufe eines Jahres in einer Volkswirtschaft gemacht werden.

Einzelne Posten der Zahlungsbilanz sind nur mit großen Schwierigkeiten statistisch zu ermitteln. Für einen der wichtigsten Posten, den Warenverkehr, wurde durch die gründliche Reform der Außenhandelsstatistik im vorigen Herbst, von sicher nicht sehr bedeutenden, aber unvermeidlichen Fehlern abgesehen, eine ziemlich genaue Grundlage geschaffen.

Das Statistische Reichsamt, das vor einigen Tagen die Zahlungsbilanz für das Jahr 1928 veröffentlicht hat, hat die Methoden weiter vervollkommen, wobei der hauptsächlichste Ausbau in einer besseren Erfassung des Verkehrs in kurzfristigen Geldern und in Wertpapieren zu bestehen scheint.

Die Veränderungen im Jahre 1928.

Die Ergebnisse zeigen einige besonders bemerkenswerte Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren. Die Passivität (Rehereinfuhr) im Warenverkehr ist von rund 3 Milliarden im Jahre 1927 auf rund 1,3 Milliarden Mark im Jahre 1928 gesunken und stellt damit, wenn man von dem Krisenjahr 1926 mit seinem Ausfuhrüberschuß abliest, die geringste Passivität seit der Stabilisierung dar.

Eine bedeutende Veränderung weist das Zinstonio mit dem Ausland auf. Während im Jahre 1924 nach Abzug der Zinsverpflichtungen noch rund 100 Millionen an Zinsen aus dem Ausland eingenommen wurden, hat sich seitdem infolge der aufgenommenen langfristigen und kurzfristigen Schulden das sehr geändert. 1928 hatte Deutschland nach Abzug der Zinsentnahmen fast 4 Milliarden Mark Zinsen (735 Millionen) an das Ausland zu zahlen, gegenüber 1/2 Milliarde im Jahre 1927, 300 Millionen im Jahre 1926 und 110 Millionen im Jahre 1925.

Der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben im „Dienstleistungsverkehr“ (Schiffverkehr, Versicherungsgeheimnisse, Löhne ausländischer in Deutschland tätiger Arbeiter, Reiseverkehr usw.) hat sich nicht geändert (rund 300 Mill. Mark). Dagegen sind die Reparationsleistungen, die eine starke Belastung der Zahlungsbilanz darstellen, im Kalenderjahr 1928 von 1584 Mill. Mark auf 2 Milliarden angewachsen.

Nimmt man alle Posten der Waren-, Dienst- und Reparationsleistungen und der Wanderungen zusammen, so hat Deutschland im Jahre 1928 3,7 Milliarden mehr ausgegeben als vereinnahmt (gegenüber 4,8 Milliarden im Jahre 1927). Da Deutschland - hauptsächlich bei der Reichsbank - außerdem im Jahre 1928 seinen Gold- und Devisenbestand um 931 Millionen vergrößert hat - im Jahre 1927 fand eine Verminderung um 452 Millionen statt - waren

Im ganzen für 4,6 Milliarden Mark Deckung zu beschaffen.

Wie ist das geschehen? Eine Zahlungsbilanz muß immer ausgeglichen sein. Man spricht zwar von einer „aktiven“ und „passiven“ Zahlungsbilanz; dabei ist jedoch unter „Passivität“ zu verstehen, daß ein Land in einem bestimmten Jahre gezwungen war, zur Bestreitung seiner Mehrausgaben Kredite im Ausland aufzunehmen, während „Aktivität“ der Zahlungsbilanz bedeutet, daß ein Land in der Lage war, an das Ausland Anleihen und Kredite zu gewähren, also neue Aktien im Ausland zu schaffen. Die Deckung kann auf verschiedene Weise erfolgen: durch die Aufnahme langfristiger Anleihen im Ausland, durch andere langfristige Kredite, durch Verkäufe deutscher Wertpapiere und anderer deutscher Sachgüter an das Ausland und durch Aufnahme kurzfristiger Schulden. Zur Deckung der hohen Passivität des Jahres 1928 ist, wie auch in den vergangenen Jahren, von all diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht worden. Die langfristigen Anleihen und die Verkäufe deutscher Werte an das Ausland sind ihrem Umfang nach ungefähr gleich geblieben. Die Aufnahme kurzfristiger Schulden ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts zwar von 1,9 auf rund

1,6 Milliarden gesunken; es möchte also zunächst scheinen, daß es gelungen wäre, die Passivität des Jahres 1928 trotz ihrer Steigerung gegenüber dem Vorjahr in einem größeren Umfang durch langfristige, d. h. gesündere Verschuldung zu decken, als im vergangenen Jahr. Dies dürfte jedoch nicht der Fall sein, da das Statistische Reichsamt einen Restposten von 1,3 Milliarden (im Jahre 1927 nur 700 Millionen) nicht weiter aufgliedern konnte und man annehmen muß, daß mindestens die Hälfte dieses Postens auf kurzfristige Verschuldung, die andere Hälfte auf Effektenverkäufe usw. entfällt.

In einem entscheidenden Punkte besteht allerdings eine starke Veränderung gegenüber dem Vorjahr: die Passivität des Vorjahres von 4,8 Milliarden war zu einem kleinen Teil (rund 10 Proz.) durch Abgabe aus deutschen Beständen an Gold und Devisen gedeckt worden, im Jahre 1928 hingegen ist, wie bereits erwähnt, die Passivität durch Verkauf von Gold und Devisen um fast ein Viertel vergrößert worden.

Die deutsche Zahlungsbilanz 1924 bis 1928 (in Millionen Mark).

Table with columns: Bezeichnung, 1924 (Währ.-Werte, Gold-Werte, Saldo), 1927 (Währ.-Werte, Gold-Werte, Saldo), 1928 (veröff.-Zahlen) (Währ.-Werte, Gold-Werte, Saldo). Rows include Warenhandel, Dienstleistungen, Reparationsleistungen, Kapitalbewegungen, etc.

Die wachsende Verflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft wird erst deutlich, wenn man die Posten der Kapitalbewegung näher aufgliedert. Dabei zeigt sich,

daß auch Deutschland schon wieder erhebliche Kredite an das Ausland gibt.

Soweit die Kapitalbewegungen nachweisbar waren - ein Teil reißt in der „Nicht aufgliederbaren Kapitalbewegung“ - sind zwar im Jahre 1928 für rund 2,3 Milliarden deutsche Effekten von Ausländern erworben worden; andererseits haben aber auch Deutsche für 1,8 Milliarden Effekten im Ausland gekauft! Gleichzeitig sind im Jahre 1928 von deutscher Seite mehr als 800 Millionen kurzfristige Kredite an das Ausland gegeben worden. Die deutsche Kapitalausfuhr hat gegenüber dem Vorjahr bedeutend zugenommen: Die von deutscher Seite gegebenen kurzfristigen Kredite haben sich um rund 350 Millionen vermehrt; die Zunahme von Käufen ausländischer Effekten durch Deutsche war noch weit bedeutender; sie stieg von 73 Millionen auf 1,8 Milliarden! Auf der anderen Seite hat sich auch die Anlage ausländischen Geldes in Deutschland durch Käufe deutscher Effekten mehr als verdreifacht.

Bilanz der Bilanz.

Im ganzen ist die Zahlungsbilanz für 1928, wenn sie auch keine unvorhergesehenen Ueberraschungen bietet, recht interessant. Sieht man von dem Zufluß von Gold und Devisen ab, so wurde die Passivität trotz der Steigerung der Reparationsleistungen geringert! Dies war möglich infolge der starken Ausfuhrsteigerung, die sicherlich nur in geringem Umfang dem inländischen Konjunkturrückgang in der zweiten Hälfte des Jahres zu verdanken ist. Im übrigen ist diese Zahlungsbilanz ein neues Zeichen für die wachsende Verflechtung der internationalen Geld- und Kapitalmärkte, die, je nach den Zinsmöglichkeiten und manchmal ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der eigenen Wirtschaft, die Kapitalien hin und her wirft.

Siemens in England.

Die „Protos“ Electric-Gründung - J. S.-Vertrag mit Siemens Brothers Co.

Aus London kommen ziemlich gleichzeitig zwei Meldungen, die davon zeugen, daß der Siemens-Konzern daran arbeitet, in England wieder festen Fuß zu fassen. Zunächst auf dem Starkstromgebiete (wobei bemerkt sei, daß man unter Starkstromerzeugnissen elektrische Maschinen aller Art, Transformatoren, Glühbirnen usw. versteht, während man Telephon- und Telegraphenapparate, Radiomaterial, bestimmte Meßapparate usw. als Schwachstromerzeugnisse bezeichnet). Die Siemens-Schuckert-Werke, d. h. der Starkstromtechnische Flügel des Konzerns, gründete dieser Tage in London eine Untergesellschaft unter dem Namen „Protos Electric Ltd.“; diese Gesellschaft soll nicht nur Produkte des Siemens-Schuckert-Konzerns in England absetzen, sondern als Zweck des Unternehmens wird auch eigene Fabrikation angegeben. Was die Schwachstrominteressen betrifft, so scheint sich das Verhältnis der Siemens- u. Halske-L.G. zu der englischen Firma Siemens Brothers u. Co. Ltd. wieder sehr eng zu gestalten. Die Gründung der englischen Siemens-Gesellschaft liegt mehr als 75 Jahre zurück, es war das erste Zweigunternehmen der deutschen Siemens-Gesellschaft. Dies Unternehmen produzierte vor

dem Krieg Stark- und Schwachstromprodukte aller Art, doch wurden die Aktien bei Kriegsausbruch beschlagnahmt, und als dann eine Umgründung in eine rein englische Gesellschaft erfolgte, wurde in den Statuten ausdrücklich festgelegt, daß nicht mehr als 25 Proz. des Aktienkapitals in ausländischen Händen sein dürfe.

Bereits im vergangenen Jahre kam jedoch eine neue Annäherung zustande. Nunmehr scheint ein Interessengemeinschaftsvertrag zustande zu kommen. Ueber die Vorverhandlungen hierzu konnten wir bereits vor einigen Monaten berichten. Am 31. Mai fand nun in London die Generalversammlung der Siemens Brothers u. Co. statt, auf der der Präsident Lord Dunsborough u. a. die Mittelung machte, es sei im vergangenen Jahre mit zwei großen Auslandskonzernen verhandelt worden und ein Interessengemeinschaftsvertrag stünde bevor, sobald einige Punkte der Satzung der Gesellschaft geändert würden. Insbesondere sollen die Worte von „Feindschaften“ gestrichen werden. Aus dieser Bemerkung geht hervor, daß mindestens der eine dieser beiden Konzerne eine deutsche Gesellschaft sein muß - wobei natürlich nur die Siemens u. Halske L.G. gemeint sein kann. Dagegen soll eine Kapitalüberfremdung auch in Zukunft nicht stattfinden.

Ein solcher Interessengemeinschaftsvertrag bedeutet für den Siemens-Konzern eine Stärkung seiner Weltstellung, für die Siemens Brothers wahrscheinlich eine verbesserte Finanzlage. Ihr Reingewinn hatte 1927 337 000, dagegen 1928 nur 336 000 englische Pfund betragen, d. h. etwa 6,7 Millionen Mark. Dieser Gewinnrückgang ist eingetreten, obwohl sich der Umsatz bedeutend erhöht hatte - ein Zeichen der verschärften Konkurrenzlage insbesondere in der Ueberssee.

Wenn sowohl durch die Gründung der Protos Electric als auch durch den Vertrag mit Siemens Brothers der Siemens-Konzern wieder stärker in England Fuß fassen will, so ist das ein Angriff aus der Verteidigung. In den letzten Jahren zeigt die deutsche elektrotechnische Ausfuhr nach England eine rückgängige Entwicklung; und während 1913 etwa 11 Proz. der deutschen Elektroausfuhr nach England gingen, sind es gegenwärtig nur etwa 7 Proz. Andererseits hat sich der amerikanische Einfluß auf die englische elektrotechnische Industrie verstärkt. Da gegenwärtig in England ein großzügiges Elektrifizierungsprogramm durchgeführt wird, das riesige Aufträge an die elektrotechnische Industrie mit sich bringt, so will Siemens offenbar auch an dem hier zu erwartenden Geschäft beteiligt sein.

Kartellkämpfe im Waggonbau.

Starker Außenfeindblock gegen Verbandsbildung.

Die deutsche Waggonbauindustrie war bisher nur zur Durchführung der Reichsbahnaufträge in einem Verbände, der Deutschen Wagenbauvereinigung, zusammengeschlossen, dagegen existierte ein allgemeines Waggonkartell zur Regelung des gesamten Geschäftverkehrs nicht. Diese Lücke soll jetzt durch die kürzlich erfolgte Gründung der „Deumi“ (Deutsche Waggonbauindustrie) ausgefüllt werden.

Die „Deumi“ stellt ein Kartell dar, in dem sämtliche in- und ausländischen Waggonaufträge mit Ausnahme der durch die Wagenbauvereinigung geregelten Reichsbahnaufträge quotenmäßig auf die einzelnen Werke aufgelegt und durch die Ausschaltung der Konkurrenz stabile Preisverhältnisse geschaffen werden sollen. Der bisherige Gründungserfolg muß jedoch noch als recht bescheiden bezeichnet werden, da bis jetzt im Höchstfalle 65 Proz. der deutschen Waggonwerke dem Kartell beigetreten sind, also ein starker Außenfeindblock vorhanden ist.

Die Existenz dieses starken Außenfeindblocks hängt mit den schon längere Zeit währenden Konflikten zwischen den einzelnen Straßenbahnverwaltungen und der Waggonbauindustrie zusammen. Die kommunalen Regieverwaltungen im Verkehrswesen stehen mit Recht einer Kartellierung des Straßenbahngeschäfts mit größtem Mißtrauen gegenüber, da nach ihren früheren Erfahrungen die Kartellpolitik überseht Preise für Straßenbahnen zur Folge hat. Aus diesem Grunde haben größere Kommunen wie Halle und Frankfurt auch schon erwogen, ihren Bedarf an Straßenbahnwagen in eigenen Werken zu decken.

Inzwischen haben sich eine Reihe Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen in einem Konjunktium zusammengeschlossen und mit drei Waggonwerken, der Hama (Hannoversche Waggonfabrik), der Christoph u. Unmack A.-G. Niesky und der Waggonfabrik Herdingen, also mit drei Außenfeindern der Deumi, einen langfristigen Liefervertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag, der über 5 Jahre läuft, sichert den drei Werken 50 Proz. der gesamten Aufträge, welche das Konjunktium der Auftraggeber in diesen 5 Jahren zu verteilen hat. Die Zugeständnisse der somit reichlich versorgten Werke sind wohl in erster Linie in billigen Preisen zu suchen.

Ob sich das neue Waggonkartell gegen die Außenfeind wird durchsetzen können, erscheint uns so fraglich, als zu diesen auch der Westdeutsche Waggontrust (Ver. Westdeutsche Waggonfabriken A.-G. Düsseldorf) gehört, der nach Linke-Hofmann das stärkste deutsche Waggonunternehmen ist. Da die Deutsche Reichsbank aus Nationalisierungsgründen ein großes Interesse an dem neuen Kartell hat, so wird für die weitere Entwicklung in diesem Konflikt ihre Haltung von entscheidender Bedeutung sein.

Der Großhandelsindex für den Monatsdurchschnitt Mai. Die für den Monatsdurchschnitt Mai berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegen April von 137,1 auf 135,5 gesunken. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe um 1,9 Proz. und die Indexziffer für Kolonialwaren um 1,2 Proz. zurückgegangen. Die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren lag um 1,4 Proz. niedriger als im Vormonat, während diejenige für industrielle Fertigwaren um 0,2 Proz. nachgegeben hat.

Kräftige Entwicklung der Metallwerke. Aus dem jetzt veröffentlichten Börsenprospekt des großen westfälischen Metallwerkonzerns Berg-Heilmann-Selve wird die schnelle Entwicklung der deutschen Metallindustrie in den letzten Jahren ersichtlich. Das Unternehmen setzte im Geschäftsjahr 1925/26 rund 53,6 Millionen Mark um, im folgenden Jahr 69,6 Millionen Mark, und im letzten Betriebsjahr 1927/28, für das auch auf das 16 Millionen Mark betragende Aktienkapital wieder die erste Dividende von 6 Proz. gezahlt wurde, stieg der Umsatz sogar auf 80,3 Millionen Mark. Die Belegschaft in sämtlichen Betrieben beläuft sich zurzeit auf 4300 Arbeiter und Angestellte. Der Beschäftigungsgrad im laufenden Jahr hält sich auf der Höhe des Vorjahres.

Neue Baugesellschaft der christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften, u. a. der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Zentralverband christlicher Bauarbeiter, der Deutsche Versicherungs-Konzern usw., haben eine neue Baugesellschaft unter der Firma Deutsche Heimbaum-Gesellschaft A.-G., Berlin, mit 120 000 M. Grundkapital errichtet.



"DER SIEGER"
TRIUMPH-WERKE - NÜRNBERG-AG

Vertreter-Nachweis für ganz Deutschland durch das Werk Nürnberg
Vertreter für Berlin:
Wilhelm Bach, Berlin-Charlottenburg, Leibnizstraße 37
Alfred Bok & Co., Berlin, Hermannplatz 7
Carysov & Co., G.m.b.H., Berlin, Potsdamer Straße 111
Motorraddhaus „Gedü“, Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 51
Scheunthien & Kurth, Berlin, Schicklerstr. 8 (Nähe Alexanderplatz)
Fritz Schmidt, Berlin-Weißensee, Heinersdorfer Straße 56
L. F. Schorlé, Berlin-Charlottenburg, Bismarckstraße 18
Otto Thönnus, Berlin, Gabelsbaumstraße 102
Georg Zucknick, Berlin-Moabit, Bundesratsufer 5

Theater, Lichtspiele usw.

| | |
|--|--|
| Sonnabend, 8 & 8 Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 147 20 Uhr Der Barbier von Sevilla | Sonnabend, 8 & 6 Städt. Oper Bismarckstr. Turnus 1 19 1/2 Uhr Fidelio |
| Staats-Oper Am Pld.Republ. A.-V. 20 19 1/2 Uhr Neues vom Tage | Städt. Schauspiel am Cordermarkt A.-V. 138 20 Uhr Napoleon |

Städt. Schiller-Theater, Charlth.
20 Uhr
Gespensster

Winter Garten

8 Uhr - Zentr. 2010 - Gardes erlaubt
Bob Fisher singt „Sonny Boy“
Bon John Jazz-Girls
Antoniet & Baby und weitere
Varieté-Neuheiten.
Sonnabend und Sonntag
je 2 Vorstellungen
3^o und 8 Uhr, 3^o kleine Preise.

Renaissance-Theater
Hardenbergstr. 6
Tel.: Steindl. 2 1.0801 und 2583/64
8 1/2 Uhr Täglich 8 1/2 Uhr
Die heilige Flamme
Regie: Gustav Hartung.

Volksbühne
Theater am Blüchplatz
8 Uhr
Trojaner

Thalia-Theater
8 1/2 Uhr
Pfarrhauskomödie

Städt. Schiller-Th.
8 Uhr
Gespensster

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Naß oder trocken?
mit dem Antrittsbesuch
von Frank Green.
Musikalische Illust.
Fr. Holländer.
Regie: Fr. Friedmann-
Froderich.

Dtsch. Künstler-Th.
8 1/2 Uhr
Prost Gipsy
Operette v. Gilbert
Agnes Esterhazy
Fritz Schulz
Rundfunkhörer
halbe Preise

Metropol-Th.
Festspiele 1928
Tägl. 8 1/2 Uhr
Blaubarb
Operette
von Offenbach
Käthe Dorsch
Leo Slezak

SCALA

8 Uhr 8 1/2 u. 8 3/4
O'Hanlon & Zamboni
und die weiteren Attraktionen
Sonnabend und Sonntag
je 2 Vorstellungen
3^o und 8 Uhr. — 3^o ermäßigte Pr.

PLAZA
Am Köstritzer Platz
Alex. 2006—26
Täglich 5, 8 1/2 Sonntag 2, 5, 8 1/2
INTERNAT. VARIÉTÉ
Vorverkauf stets für die
laufende Woche inkl. Sonntag

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 122.
Täglich 8, 15 Uhr
Spiel im Schloss.
Gartenbühne:
Täglich 8, 30 (Sonntag 5 Uhr)
Konzert und Bunter Teil.
Täglich 8, 15 Uhr
Ein Walzertraum
Gr. Operette in 3 Akten v. Oscar Straus.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37.
Unwiderrufl. nur noch bis 16. Juni
„Müller von heute“

Reichshallen-Theater
Allabendlich 7 Uhr
Stettiner Sänger
u. a. „Eine Nacht
im Rotenweinkel“.
Sommerpreise
60 Pf. bis 2 M.
Dönhoff-Bräu
(Saal und Garten)
Variété - Konzert - Tanz.

Das Ereignis dieser Woche

HEUTE Wahl der Sommerkönigin
Fest-Vorstellung im Lust-Kabarett
Preis 1000 M. in bar
LUNAPARK

Billige Hüte

Sund.. Strümpfe

- | | |
|--|------------------|
| Mako Strümpferqualität..... | 95 ^{PL} |
| Seidenflor oder künstliche Seide | 1 ⁴⁵ |
| Künstl. Waschseide feinfaserig, modernes Farbsortiment..... | 1 ⁹⁵ |
| „Hertie-Seide“ künstl. Seide, Silbersteapel | 2 ⁴⁵ |
| Künstl. Seide mit Florverstärkt, elegant u. haltbar | 2 ⁴⁵ |
- ### Herren-Socken
- | | |
|--|------------------|
| Jacquard neue Muster..... | 78 ^{PL} |
| Baumwolle mit Kunstseidenen Fibern..... | 95 ^{PL} |
| Seidenflor mit künstlicher Seide ... | 1 ⁴⁵ |
| Eleg. Fantasiesocken mit besonders verstärkter Sohle..... | 1 ⁹⁵ |
| Reine Wolle original-englisch.... | 1 ⁹⁵ |



Jugendl. Hut
moderne grosse Glocke, mit farbiger Ripbandgarmentur
2.90



Damen-Hut
mod. Kombination von Strohs-
spitze und Geflecht, aparte
zweifarbig-Handgarmentur
3.90

HERMANN

Leipziger Str., Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Belle-Alliance-Str., Brunnenstr., Kottbuser Damm, Wilmersdorfer Str., Andreasstr.

Deutsches Theater
D.L. Norden 12 310
7 1/2 Uhr, Ende geg. 11
Zum ersten Male
Die Fledermaus
Komische Operette
in 3 Akten.
Neubearbeitet von
Carl Rössler und
Marcellus Schiffer.
Musik v. Joh. Strauß.
Regie:
Max Reinhardt.
Musik. Lit. und Ein-
stud. Erich Wolfgang
Korngold.
Bühnenbilder und
Kostüme: Ludwig
Kainer. — Tänze:
Grete Wiesenthal.

Barowsky - Bühnen
Theater in der
Königsgrätzer Straße
Täglich 8 1/2 Uhr
Rivalen
Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Charleys Tante
mit Curt Bois.

Berliner Theater
Direkt Heinz Herald
Charlottenstraße 90
A. T. Dönhoff 170
8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr.
Letzte Vorstellungen!
Die Turt Frankfurter
von Carl Rössler
Regie: Eugen Sobot.

Theat. d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntag 3 1/2 u. 8 1/2
Frau Leubers Welter-
toll!
Friederike
Telephon Steinplatz
6931 u. 7189

Theat. am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 1/2 Uhr
**Elito-
sänger**
Die Juni-
Sensation:
„Der a-
har's große Lost“

Thalia-Theater
Jresdener Str. 72-73.
8 1/2 Uhr
Pfarrhauskomödie

Kammerspiele
D.L. Norden 12 310
8 1/2 Uhr, Ende geg. 10 1/2
Aktion nur für
Herrschaffen
Kleine Komödie
von Siegfried Geyer

Lessing - Theater
Täglich
8 1/2 Uhr
**Ich betrüg' Dich
nur aus Liebe**
Ein Stück mit Musi-
k nach Verneuil.
Theater am
Hollendorferplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
**Die Männer der
Manon**
Operette in 3 Akten
v. Walter W. Goetze

Lustspielhaus
Tägl. 8 1/2 Uhr
**Arm wie eine
Kirchenmaus**
Skaldeisky, Plink.
Berich u. a.
Rundfunkhörer
halbe Preise.

Planciartium
am Zoo
Felles Auditions-Club
B. 5 Barbarossa 5576
16 1/2 Uhr Starbühne
des Sommers
18 1/2 Uhr Der Glutthall
der Sonne
20 1/2 Uhr Von Pol zu Pol
am Sternenhimmel
Tägl. außer Montags
u. Mittw. Erwachs-
t. Mk., Kinder 30 Pf.
Mittw. Erwachsene
50 Pf., Kinder 25 Pf.

Wohnzeltfabr.
Sport Beruf
Deutsche Lederwarenfabr.
Zentrale Alt-Moabit 130
Kottbuser Damm 75 Graefewalders Str. 2
Andreasstraße 43 So. 1/2 g, Herberstr. 4
Invalidenstr. 7 Charl. Bismarckstr. 78
Chausseestr. 30-32 Spand., Bahnhofstr. 4
Neueröffnung unserer
Warenhaus Rosenhaller Straße 35

**100 Jahre
1870-1928**
Impr. Imp. kompl. 2000 Verkauf

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unter Vorlage der Urkunde
Albert Zierke
geb. 29. Januar 1870, am 5. Juni 1929
gestorben ist.
Seine Hinterbliebenen:
Die Einäscherung findet am Mont-
tag, dem 10. Juni, 15 1/2 Uhr im Krem-
atorium am Gesundbrunnen statt.
Seine Beerdigung erwartet
Die Oettermeyer-Wahlung.

Berichten Sie allen Freunden
und Bekannten die liebevolle Teilnahme
an der Trauerfeier meines geliebten
Mannes **Ernst Ran.**
In tiefer Trauer
Pauline Ran.

**Hotell-
Betten** stahl-
gitter-
betten
Kinderbetten, Faltbetten, Schloßbetten, Chaiselongues an Private, Rattanmöbel, Kaffee-
Eisenmöbel, Fabrik Suhl (Thür.)

**Mein Kapitän-
Kautabak**
schmeckt mir doch am besten!